



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Ginsheim-Gustavsburg

SPD Fraktion Ginsheim-Gustavsburg, Im Mittelfeld 8, 65462 Ginsheim-Gustavsburg

An den
Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
Ginsheim-Gustavsburg
Herrn Torsten Reinheimer

Carsten Nickel
Fraktionsvorsitzender
SPD Fraktion Ginsheim-Gustavsburg

c.nickel@spd-gigu.de

17. Oktober 2023

**Änderungsantrag zur Beschlussvorlage (2023/0281)
Geförderte externe Beratung zur Organisationsuntersuchung und Haushaltskonsolidierung**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktionen der SPD und der Freien Wähler bitten Sie, den folgenden Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2023/0281 auf die Tagesordnungen der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. November 2023 aufzunehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung Ginsheim-Gustavsburg beschließt 30.000 Euro in den kommenden Haushalt 2024 für eine externe Beratung zur Organisationsuntersuchung, Haushaltskonsolidierung und zur Einführung eines zeitgemäßen Managements durch Controlling einzustellen.

Parallel dazu soll möglichst im Vorfeld der Einbringung des Haushalts beim Land Hessen der betreffende Fördertopf in Anspruch genommen werden, der es dem Land Hessen ermöglicht diese externe Beratung in gleicher Höhe zu fördern.

Begründung:

Manchmal muss man erst Geld in die Hand nehmen, um dann spätestens mittelfristig einen deutlich höheren Geldbetrag einzusparen.

Gerade auch im Bereich der Verwaltung hat Bürgermeister Siehr in verschiedenen Gesprächen und Sitzungen darauf hingewiesen, dass durch zielgerichtete Organisationsentwicklungen Abläufe effizienter und somit kostengünstiger gestaltet werden können.

Einen solchen Prozess hausintern parallel zu der vorherrschenden Arbeitsbelastung durchzuführen, stellt die Verwaltung vor eine zusätzliche Belastung. Hier soll eine externe Beratung fachliche Unterstützung bieten und Handlungsalternativen aufzeigen.

Sie, die externe Beratung, kann zudem idealerweise manchen „gordischen Knoten“ im Rahmen der Haushaltskonsolidierung durchtrennen, der die Arbeit für Verwaltung und Kommunalpolitik in diesem Bereich vereinfacht, so dass das Schreckensszenario der bekannten Erhöhung der Grundsteuer B in dieser Form und Höhe so nicht greifen muss.

Darüber hinaus wird durch die externe Beratung bezüglich der Einführung eines zeitgemäßen Managements durch Controlling eine der Forderungen der Kommunalaufsicht aufgegriffen. Diese fordert bei der Prüfung der Jahresabschlüsse immer wieder ein Controlling, das in Richtung „Kennzahlen und deren Überwachung“ geht.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Nickel
(SPD-Fraktionsvorsitzender)

Rolf Leinz
(Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler)